
NetzwerkBplus fordert:

Konsequente Trennung von Kirche und Staat

Und wir fordern dabei: Die ganzheitliche Entschädigung der Betroffenen von Sexualisierter Gewalt in kirchlichen Institutionen und Einrichtungen ***zwingend vor*** der (zumindest teilweisen verständlichen) Entschädigungs- oder Abschlagszahlungen an die Kirchen bei einer Trennung von Kirche und Staat.

Begründung :

Opfer schützen und bei der Traumabewältigung unterstützen!

Die Zeit ist reif. Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel. Mit der Vielfalt nimmt auch die gesellschaftliche Sensibilität für Gleichberechtigung und die individuellen Freiheitsrechte zu.

Als notwendig betrachten wir zudem als **netzwerkBplus** zusätzlich den Grundsatz: „Staatliches Recht hat Vorrang vor Kirchenrecht“.

Wir unterstützen auch in diesem Zusammenhang die These 6 (nicht nur für Bayern) der Regensburger Freiheitsthesen zu Rechtsstaat und Religion der FDP Bayern vom 22.09.2022

Sachstand: Für die Opfer von Missbrauch ist es schwer, sich jemandem anzuvertrauen und über das Erlebte zu sprechen. Hinzu kommt, dass sich die Opfer oft selbst kritischen Fragen stellen müssen. Das führt dazu, dass viele Betroffene das Erlebte jahrelang mit sich herumtragen und sich nur schwer jemandem anvertrauen können. Die Tatsache, dass die Aufklärung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche an vielen Stellen nur schleppend gelingt, ist für die Opfer besonders bitter, stellt doch schon das Öffentlichmachen der Tat einen emotionalen Kraftakt dar.

Forderungen vom 22.09.2022: Die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert daher schon länger die Einrichtung einer unabhängigen Anlaufstelle für Missbrauchsoffer, die den Opfern Hilfe in Krisen leistet, sie zu wohnortnahen Therapie- und Selbsthilfeangeboten informiert und berät, sie über mögliche rechtliche Schritte, insbesondere hinsichtlich der Erstattung einer Strafanzeige und über die Möglichkeit der Nebenklage bis hin zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen aufklärt, sie bei der Beantragung der Opferentschädigung, bspw. nach dem Opferentschädigungsgesetz unterstützt. Die Staatsregierung sollte darüber hinaus bestehende Präventivmaßnahmen evaluieren und ein Gesamtkonzept zur Prävention und Früherkennung erarbeiten. Insbesondere Sensibilisierungsprogramme, wie "Trau Dich" an Schulen, sollten konsequent ausgeweitet werden, um Kinder und Jugendliche bezüglich möglicher Grenzüberschreitungen zu warnen und Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Forderung von netzwerkBplus!